

Berlin-Brief

von Josip Juratovic
Mitglied des Deutschen Bundestages

24.November 2006

**Liebe Genossinnen, liebe Genossen,
sehr geehrte Damen und Herren,**

in dieser Woche haben wir den Haushalt 2007 abschließend beraten und beschlossen. Mit einer Nettokreditaufnahme des Bundes von 19,6 Mrd. Euro erreichen wir den niedrigsten Stand der Neuverschuldung seit der Wiedervereinigung. Auch halten wir im kommenden Jahr wieder die Regelgrenze des Artikels 115 GG ein, nach dem die Neuverschuldung geringer als die Summe der Investitionsausgaben zu sein hat. Insgesamt werden die Investitionen 2007 etwa 24 Mrd. Euro betragen. Die positive wirtschaftliche Entwicklung ist vor allem das Produkt unserer sozialdemokratischen Politik in der rot-grünen und jetzt in der großen Koalition.

In der Diskussion um die Vorschläge des Herrn Rüttgers zum Arbeitslosengeld hatte Franz Müntefering in der Fraktionssitzung vom 7.November einen sehr guten Beitrag abgegeben, der nun auch schriftlich vorliegt und den ich zur Lektüre empfehle. Der Beitrag ist über meine Homepage einfach aufzurufen.

An Ende des heutigen Berlin-Briefs findet ihr noch meinen Text der Kolumne „Berliner Zwischenruf“ zum Thema Mindestlohn, der morgen in der Heilbronner Stimme erscheinen wird.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink that reads "Josip Juratovic". The signature is written in a cursive, slightly slanted style.

Josip Juratovic MdB

Bundeshaushalt 2007

In dieser Woche wurde der Bundeshaushalt 2007 im Deutschen Bundestag abschließend beraten. Die zwei Säulen unserer finanzpolitischen Strategie, den Haushalt zu konsolidieren und gleichzeitig Impulse für mehr Wachstum und Beschäftigung in Deutschland zu setzen, stehen auf festem politischen Fundament. Der Dreiklang der Koalitionsvereinbarung „Konsolidieren, Reformieren, Investieren“ wird mit dem Bundeshaushalt 2007 erfüllt.

Die Konsolidierung gewinnt an Fahrt: Durch systematische Verbesserungen auf der Einnahmenseite und konsequente Einsparungen auf der Ausgabe-seite werden beide zentralen finanzpolitischen Eckpfeiler, die Regelgrenze des Artikel 115 des Grundgesetzes sowie das Maastricht-Defizitkriterium, erstmals seit 2001 wieder eingehalten.

Gleichzeitig werden die Maßnahmen für mehr Wachstum und Beschäftigung durch die Fortführung des 25-Milliarden-Euro-Programms und im Rahmen dessen durch das 6-Milliarden-Euro-Programm zur Stärkung von Bildung und Forschung im Bundeshaushalt 2007, aber auch im Finanzplan bis 2010 konsequent fortgesetzt.

▪ Ziele bei den Beratungen des Bundeshaushaltes 2007

1. Die erfolgreiche Konsolidierungspolitik und -strategie der SPD fortsetzen und die Neuverschuldung des Bundes so rasch und deutlich senken, wie es politisch vertretbar ist. Damit soll ein ausgeglichener Bundeshaushalt in der nächsten Legis-

laturperiode erreicht werden – das wichtigste Signal für Generationengerechtigkeit.

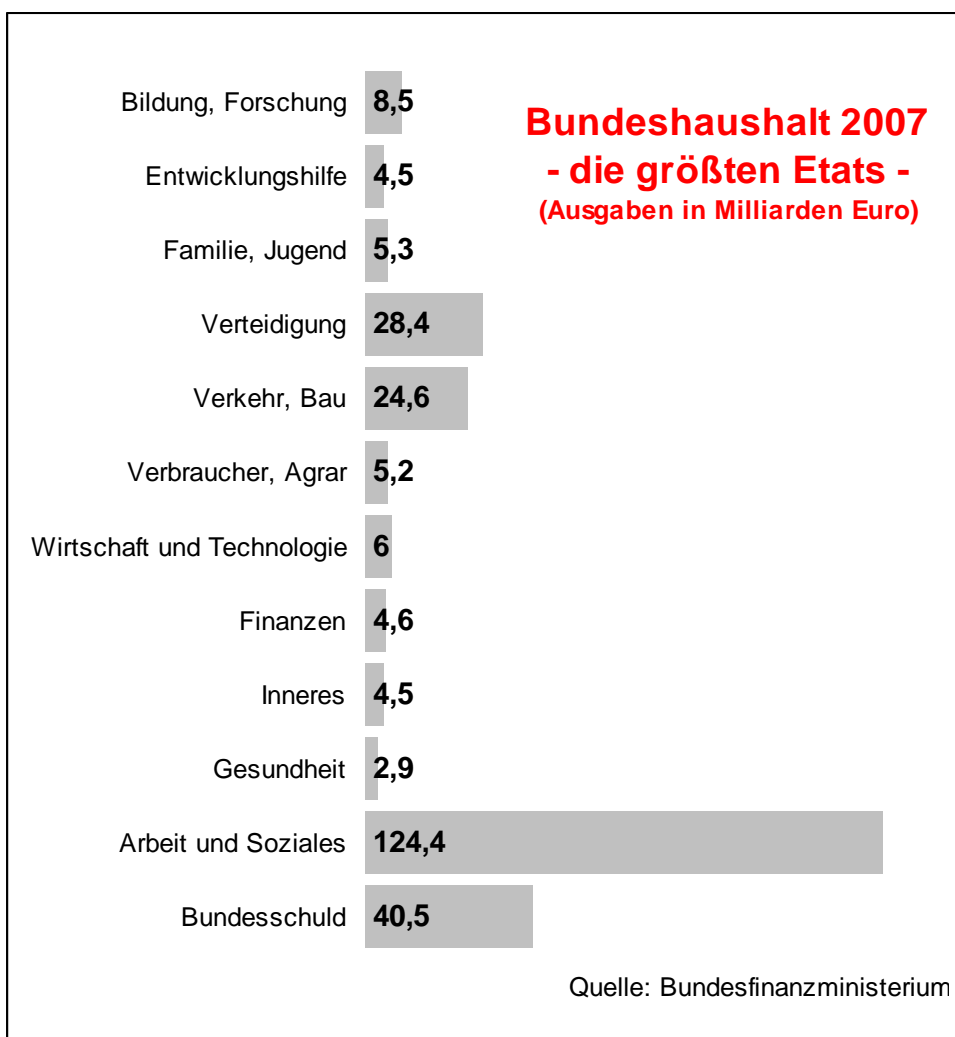
2. Investitionen deutlich stärken und konsumtive Ausgaben zurückführen.
3. Die politischen Schwerpunkte, die in der Großen Koalition gesetzt werden, auch im Haushalt spiegeln und deren Finanzierung gewährleisten. Die SPD steht für einen starken und handlungsfähigen Staat, der gestaltet und nicht nur verwaltet.
4. Die besondere Verantwortung für Wachstum, vor allem aber für Beschäftigung und den Arbeitsmarkt deutlich machen und Eingliederungsleistungen bei der Grund-sicherung für Arbeitsuchende auf hohem Niveau erhalten, damit die, die Arbeit suchen und brauchen, weiterhin alle Hilfe und Förderung erhalten, die sie benötigen.

▪ Eckwerte des Haushalts

Die Gesamtausgaben des Bundeshaushaltes 2007 belaufen sich auf 270,5 Milliarden Euro. Die Investitionsausgaben betragen 23,95 Milliarden Euro. Die Neuverschuldung wurde gegenüber dem Haushaltsentwurf um 2,4 Milliarden Euro gesenkt auf nunmehr 19,58 Milliarden Euro – das ist der niedrigste Wert seit der Deutschen Wiedervereinigung.

Zugleich hat sich die Einnahmesituation des Bundeshaushaltes deutlich verbessert. Nach der Steuerschätzung vom 3. November 2006 werden die Steuereinnahmen in 2007 gegenüber dem Regierungsentwurf um 6 Milliarden Euro auf insgesamt 220,53 Milliarden Euro steigen.

Bildung und Infrastruktur haben sich



▪ ausgezahlt. Denn die gute konjunkturu

▪ **Konjunkturelle Entwicklung und Steuermehreinnahmen**

Die Rahmenbedingungen des Haushalts 2007 waren überraschend positiv. Dies belegt erneut, dass der Bundeshaushalt 2006 ein Haushalt des Übergangs war und die Strategie Erfolg hatte, zur Abwehr einer drohenden Störung des gesamten wirtschaftlichen Gleichgewichts mehr Schulden zu machen, als wir für Investitionen ausgegeben haben. Dadurch hat der Bundeshaushalt 2006 für den nötigen Rückenwind gesorgt, der gebraucht wurde.

Die Wachstumsdynamik hat sich erhöht, die Investitionen in Forschung,

relle Entwicklung und die daraus folgende verbesserte Einnahmesituation für den Gesamtstaat in 2006 wird sich auch im Jahr 2007 fortsetzen. Nach der Steuerschätzung vom November werden für den Gesamtstaat in 2007 Steuermehreinnahmen von 18,5 Milliarden Euro zu erwarten sein, davon 8 Milliarden Euro für den Bund. Bei der Aufstellung des

Haushaltsentwurfs wurden davon bereits 2 Milliarden Euro berücksichtigt. Diese Schätzung ist vorsichtig und konservativ, sie unterstellt für 2007 ein Wachstum von 1,4 Prozent (der Sach-

verständigenrat rechnet mittlerweile mit 1,8 Prozent Realzuwachs).

Die positive Grundmelodie der Steuermehreinnahmen wird begleitet von guten Meldungen aus den Sozialversicherungen: Die Bundesagentur für Arbeit wird in 2006 einen Überschuss von ca. 9,6 Milliarden Euro erzielen, die Deutsche Rentenversicherung wird Mehreinnahmen von ca. 11 Milliarden Euro zu verzeichnen haben. Dabei ist jeweils ein nicht unerheblicher „Einmaleffekt“ zu berücksichtigen (durch das Vorziehen der Fälligkeit der Arbeitgeberbeiträge bei der BA ca. 3,1 Milliarden Euro und bei der Rentenversicherung ca. 9,5 Milliarden Euro). Gleichwohl werden genügend finanzielle Mittel übrig bleiben, um die sozialen Sicherungssysteme deutlich zu stabilisieren. Dies gilt vor allem für die Bundesagentur für Arbeit, die in den vergangenen zehn Jahren ca. 40 Milliarden Euro an Bundeszuschüssen benötigt hat.

▪ Die wichtigsten Ergebnisse der Beratungen

Die Neuverschuldung des Bundes sinkt von 22 Milliarden Euro im Haushaltsentwurf auf jetzt 19,58 Milliarden Euro, das ist der niedrigste Wert seit der Deutschen Wiedervereinigung.

Die Regelgrenze des Artikels 115 GG, wonach die Neuverschuldung geringer als die Summe der Investitionsausgaben zu sein hat, wird eingehalten, ebenso wie das Maastricht-Defizitkriterium der EU. Für 2006 ist ein „Maastricht-Wert“ von 2,25 Prozentpunkten Bruttoinlandsprodukts und für 2007 ca. 2,1 Prozent zu erwarten.

Die Ausgaben für Investitionen konnten gegenüber dem Regierungsentwurf um fast eine halbe Milliarde Euro auf nunmehr 24 Milliarden Euro

gesteigert werden. Dies ist ein deutlicher Vorsprung vor der Neuverschuldung.

Der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung sinkt um 0,3 Prozentpunkte mehr als ursprünglich geplant: zum 1. Januar 2007 um insgesamt 2,3 Prozentpunkte auf 4,2 Prozent. Das heißt für einen Arbeitnehmer mit 2.500 Euro Bruttogehalt im Monat: Ab dem 1. Januar 2007 hat er monatlich 28,57 Euro mehr in der Tasche. Insgesamt werden die Bürgerinnen und Bürger um rund 17 Milliarden Euro durch die Absenkung entlastet.

Die Beiträge zur Gesetzlichen Krankenversicherung werden stabilisiert: Bereits ab 2007 wird für die GKV zusätzlich eine Milliarde Euro an Zuschüssen bereitgestellt, insgesamt erhalten die Gesetzlichen Krankenkassen im nächsten Jahr damit 2,5 Milliarden Euro aus Steuermitteln.

Erfolge für den Arbeitsmarkt: Die Eingliederungsleistungen bei der Grundsicherung für Arbeitssuchende wurde auf höchstem Niveau bei 6,5 Milliarden Euro stabilisiert. Damit ist gewährleistet, dass jeder und jede Arbeitssuchende diejenigen Maßnahmen zur beruflichen Wiedereingliederung erhält, die sie oder er benötigt.

Investitionen statt Konsum: Gegenüber dem Haushaltsentwurf wurden die Mittel für Investitionen um 414 Millionen Euro auf 23,96 Milliarden Euro angehoben. So wurde beispielsweise ein Ergänzungsprogramm für Bundesautobahnen im Verkehrshaushalt in Höhe von zusätzlichen 420 Millionen Euro (165 Millionen Euro in 2007) beschlossen. Zusätzlich 39 Millionen Euro werden für das Bundesumweltministerium bereitgestellt, um in 2007 noch stärker Maßnahmen zur Nutzung Erneuerbarer Energien fördern zu können.

Die Mittel für betriebliche Investitionen und wirtschaftsnahe Infrastrukturmaßnahmen (Gemeinschaftsaufgabe), die überwiegend den neuen Bundesländern zugute kommen, wurden um 50 Millionen Euro verstärkt. Die regionale Innovationsförderung in den neuen Bundesländern wurde um 2 Millionen Euro erhöht.

Der Haushalt trägt eine klare sozialdemokratische Handschrift: So wurde beispielsweise das Arbeitslosengeld II im Osten an das Westniveau angeglichen, ab 2007 wird das Elterngeld eingeführt, das Ganztagsschulprogramm mit insgesamt 4 Milliarden Euro bis zum Ende der Legislaturperiode gewährleistet und die Bundesmittel zur Bekämpfung von Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus auf 19 Millionen Euro pro Jahr erhöht. Zusätzlich werden 5 Millionen Euro für ein Sofortprogramm zur Förderung von Beratungsnetzwerken (Opferberatungen, Netzwerkstellen, mobile Teams) bereit gestellt. Auch das Bündnis für Demokratie und Toleranz erhält 300.000 Euro mehr als im Jahr 2006.

▪ **Ausblick**

Der Bundeshaushalt 2007 ist solide, die Beratungen waren erfolgreich. Doch es muss auch daran erinnert werden, dass der Bund ein strukturelles Einnahmenproblem hat, das allein mit Einsparungen nicht zu beheben wäre. Die Gesamtlage verpflichtet weiterhin zur Verantwortung: Die Schulden des öffentlichen Gesamthaushalts betragen zur Zeit ca. 1,5 Billionen Euro, davon sind ca. 900 Milliarden Euro Schulden des Bundes. Für diesen Schuldenberg wird der Bund in diesem Jahr 37,6 Milliarden Euro an Zinsen zahlen, in 2007 werden es ca. 40,5 Milliarden Euro sein.

Zum Vergleich: Das ist jeweils mehr, als die Bundesministerien des Innern, für Wirtschaft und Technologie, für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, für Gesundheit, für Umwelt und Naturschutz, für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und für Bildung und Forschung gemeinsam ausgeben!

Ein weiteres Beispiel zur Verdeutlichung: Von den 220,5 Milliarden Euro, die der Bund an Steuern 2007 einnehmen wird, werden wir ca. 78 Milliarden Euro als Zuschuss für die Rente ausgeben, ca. 40 Milliarden Euro Zinsen für die Bundesschulden bezahlen und ca. 28 Milliarden für Verteidigung ausgeben und ca. 9 Milliarden Euro für Pensionen. Damit bleiben gerade einmal 65 Milliarden Euro übrig, um die Bundesrepublik Deutschland politisch zu gestalten. Das entspricht in etwa dem Umsatz eines international tätigen großen Unternehmens.

▪ **Im Interesse nachfolgender Generationen**

Trotz der günstigen Konjunkturdaten und den Steuermehreinnahmen muss weiteren Ausgabenwünschen eine Absage erteilt werden. Die grundlegenden Probleme werden selbst durch die höheren Steuereinnahmen nicht gelöst.

Aus diesem Grund muss auch an der Erhöhung der Mehrwertsteuer festgehalten werden. Das Steuerplus ist nach wie vor nicht so groß, dass Bund und Länder auf ihre Punkte aus der Mehrwertsteuer verzichten können. Auch dem Argument, ein Verzicht auf die Mehrwertsteuererhöhung würde die Wirtschaftsentwicklung noch einmal und zusätzlich so verbessern, dass es zusätzliche Steuereinnahmen in entsprechender Höhe gibt, kann eine ver-

antwortliche und vorsichtige Finanz- und Haushaltspolitik nicht folgen.

Der Bundeshaushalt und auch die Länderhaushalte müssen nachhaltig stabilisiert werden. Nur so ist die Politik möglich, die auch über den Tag hinaus trägt und die auch die Interessen nachfolgender Generationen berücksichtigt.

Berliner Zwischenruf

von Josip Juratovic MdB

Arm trotz Arbeit

Armut trotz Arbeit, das ist bittere Realität für viele Menschen. Sittenwidrige Stundenlöhne von 5 Euro und darunter in einigen Bereichen der Dienstleistungen beispielsweise im Friseurhandwerk, im Einzelhandel oder in den Sicherheitsdiensten, sind keine Seltenheit in unserem Land. Rund eine Million Menschen in Deutschland müssen trotz Vollzeitbeschäftigung zusätzliche staatliche Hilfe in Anspruch nehmen, um ihre Familien über die Runden zu bringen.

Die SPD will dieser prekären Situation durch einen Mindestlohn entgegenreten und damit den Lebensunterhalt der Betroffenen durch eigene Arbeit sicherstellen. Es ist zynisch die Armut von 2,6 Million Kindern in unserem Land zu beklagen, aber gleichzeitig deren Eltern für Niedrigstlöhne arbeiten zu lassen. Außerdem bleibt die Wertschätzung geleisteter Arbeit durch immer höhere Gewinnziele und „Geiz ist geil-Mentalität“ auf der Strecke.

18 der 25 EU-Mitgliedstaaten haben bereits einen Mindestlohn. Länder, die keinen Mindestlohn haben, wie Dänemark, Finnland und Schweden,

brauchen dieses Instrument nicht, weil sie eine Tarifbindung der Löhne von über 80% haben. Der Mindeststundenlohn in Großbritannien beträgt 7,89 Euro. Parallel mit der Einführung der Mindestlöhne hat die Arbeitslosigkeit dort deutlich abgenommen. In Deutschland kann mit einem Mindestlohn für mehr Wachstum und bessere Beschäftigung gesorgt werden. Durch einen Mindestlohn würde das Wachstum des Binnenmarktes gestärkt werden, denn jeder Euro mehr in den Taschen von Niedriglohneempfängern geht direkt in den Konsum. Allerdings ist es uns wichtig, dass wir mit einem Mindestlohn nicht in die Tarifautonomie eingreifen. Ich bin der festen Überzeugung, dass Mitbestimmung und Tarifautonomie wichtige Standortfaktoren für Deutschland sind. Mit einem Mindestlohn wollen wir lediglich die untere Einkommensgrenze absichern.

Unser Koalitionspartner hat sich in dieser Frage noch nicht festgelegt. Die CDU würde gerne Niedriglöhne mit einem Kombilohn subventionieren, ohne zu sagen, woher sie bei der hohen Staatsverschuldung das Geld nehmen will.

Sicherlich ist ein Kombilohn interessant, wenn es um den Übergang von Dauerarbeitslosigkeit in feste Beschäftigung geht. Allerdings sollte man beachten, dass daraus kein staatlich unterstütztes Lohndumping wird. Ein Kombilohn ist kein Ersatz für einen Mindestlohn. An diesem führt kein Weg vorbei, wenn wir die Armut bekämpfen wollen und den Menschen in Deutschland durch gerechte Entlohnung eine

Chance geben wollen, ihr Leben selbstständig zu gestalten